



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften -

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 2. Februar 2017

Vorlagen-Nr. 16-F-20-0006

Notfall-Gefahren-Reaktionssystem

-Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2016-

Presseberichten zufolge (FAZ v. 11.10.16 und 14.10.16) gehen die Notfall-Gefahren-Reaktionssysteme der Elly-Heuss-, der Dilthey-, der Oranien-, der Leibniz- und der Comeniusschule ab sofort, bis zum Beginn der Weihnachtsferien am 22. Dezember, in Betrieb. Eine Dienstvereinbarung, unterschrieben vom Städtischen Schulamt, dem Staatlichen Schulamt, dem Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt, dem örtlichen Personalrat und der jeweiligen Schulleitung, soll hierzu geschlossen werden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Warum wurden die Anlagen eingebaut, bevor auch die juristischen Fragen der Nutzung geklärt sind?
2. Warum dauerte es fast zwei Jahre vom Entwurf des Gesamtpersonalrats bis zum (wahrscheinlichen) Abschluss einer immer noch vorläufigen Dienstvereinbarung?
3. Stehen noch juristische Fragen zur Prüfung aus um eine vorläufige oder dann auch endgültige Dienstvereinbarung zu erreichen?
 - a. Wenn ja welche?
 - b. Wenn nein, warum wird die Dienstvereinbarung nur bis Jahresende befristet geschlossen?
4. Was ist der Regelungsgehalt der Dienstvereinbarung?
5. Wann ist mit einer endgültigen Dienstvereinbarung zu rechnen, die einen Betrieb der bestehenden sowie weiterer Anlagen ermöglicht?

Beschluss Nr. 0019

Der Antrag wird angenommen.

Der Magistrat wird gebeten, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2017

Spruch
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2017

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2017

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister